Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–5, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Mordtage oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (ungefähr) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Gewähr für die nächstägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Dresden. 1891.

Morgenkleider, vom einfachsten bis zum hochfeinsten Genre. Weihnachtsbestellungen erbitte rechtzeitig.
Flanell-Waarenhaus **W. Metzler,** Altmarkt 9.

Thüre zu! D.R.-Patent.

Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Prospecte gratis und franco. **50,000** Stück im Gebrauch. **Curt Heinsius,** Dresden-N., **Tieckstrasse 27** (Fernsprech-Amt II, Nr. 2106).

Pelz-
Mütze, Boas, Mützen, Kragen etc. empfiehlt
Heinrich Hanicke, Kürschnermeister, wie bisher **Wettinerstrasse 13.** Gegründet **1875.**

Atelier für feine **Corsets** nach Maass, neuesten Pariser, Brüsseler und Wiener Modellen. **Heinrich Plaul,** Dresden. **Wallstr. 25.**

Smyrna-Knüpfarbeiten.
Die Grösse des Umsatzes in diesen beliebten Handarbeiten ermöglicht mir ganz **erhebliche Preisermässigungen,** so dass ich in der Lage bin, im Vergleich zu den mit grosser Reclame von auswärts angepriesenen, dazu minderwerthigen Knüpfarbeiten, **etwas Billigeres** und **Besseres** zu liefern.
C. Hesse, Königl. Hoflf., **Altmarkt.**

Christofle-Ausstattungen. **Tafellöffel,** Dtzd. M. 27.00, **Tafelmesser,** Dtzd. Mk. 28.80, **Tafelgabeln,** Dtzd. M. 27.60, **Caffeelöffel,** Dtzd. M. 14.40 etc. etc. **Hofl. Robert Hoffmann.** **Einziges Depot.**

Nr. 350. Spiegel: Rede des Fürsten Bismarck. Handelsverträge im Reichstage. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Director Robert Reichardt †. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Der Probepfeil". Neustädter Casino-Concert. | **Mittwoch, 16. December.**

Politisches.

Fürst Bismarck hat gesprochen. Unzweideutig und klar hat er seine Ansicht über den zerstörenden Charakter der Handelsverträge dargelegt. Nicht im Reichstage ist er erschienen, aber frei und offen und mit voller Verantwortung vor dem Volke hat er sein Wort in die Waagschale geworfen. Wer unbefangenen Blickes und lauteren Sinnes die Geschichte nach seinem Sturze erwägt, wer sich durch die niederträchtigen Angriffe der goldenen, schwarzen und rothen Internationale nicht darüber irre machen ließ, daß Fürst Bismarck niemals anders, als mit rein sachlichen Gründen seine Kritik des neuen Kurses belegte, der wird es verstehen, warum der Altreichskanzler bisher von Berlin fernblieb. Fürst Bismarck weiß, daß er „im Reichstage der herrschenden Politik schärfer entgegentreten müsse, als er es nach seiner Vergangenheit angemessen findet". Er muß „entweder schweigen oder so reden, wie er denkt". Er erklärt offen er könne in einer so schwierigen Sache nicht in wenigen Tagen ein Urtheil darüber gewinnen, welche Erwerbszweige im Einzelnen Schaden durch die Vorlage erlitten. Er verurtheilt auf das Härteste das Verlangen der Regierung, der Reichstag solle auf Grund einer Kenntniß von wenigen Tagen ein Gesetz begutachten, dessen Wirkungen selbst seine Urheber nicht übersehen könnten, und er giebt seiner Meinung offen Ausdruck, daß die Vorlage von Solchen geschaffen sei, die wohl am grünen Tische sitzen, die aber nicht säen und nicht ernten wollten, und doch in die Scheunen sammeln. Er legt es den Abgeordneten an's Gewissen, welchen Stand sie einst vor ihren Wählern haben würden, wenn sie erklären müßten, daß sie nur zustimmten, weil die Regierung es wünschte. Diese Zustimmung sei in den Fraktionen beschlossen, er wolle nicht erfolglos die Urheber der Vorlage und die, welche sie annehmen, kritisiren. „Ich bin 50 Jahre im Dienste des Staates gewesen und Jahrzehnte lang an erster Stelle; gegen dessen Leiter öffentlich so aufzutreten, wie ich müßte, widerstrebt meinem Gefühl und ist mir peinlich." Wir geben die Rede des Fürsten Bismarck an die Skegzner Deputation in der Tagesgeschichte im Wortlaut. Nur das Eine noch sei heute an dieser Stelle betont, daß die Worte des getreuen Eckardt unseres Vaterlandes wiederhallen werden in jeder deutschen Brust. Fürst Bismarck hat gesprochen und auch den Leuten, welche jetzt sich wie indische Fakirs vor den Regierungskarren werfen, glücklich, wenn sie von den Rädern zerquetscht werden, wird das leise Gefühl emporkeimen, daß sie — dem Besten ihrer Zeit **nicht** genug gethan haben.

Es ist ganz entschieden eine beachtenswerthe Erscheinung, daß mit voller Ueberzeugung für die neuen Handelsvertragsvorlagen außer den freisinnigen und sozialistischen Herren und dem Herrn Reichskanzler von Caprivi mit seinen Räthen auch nicht ein einziger Abgeordneter gesprochen hat. Alle die Herren vom Centrum und von den Nationalliberalen, von den Polen, Elsässern und Freikonservativen, die bisher zu Worte gelangten, haben ihr verheißenes „Ja" mit einem „Aber" modifizirt, und nur die Linke folgt dem ermunternden Wahlspruch „Ja — also". Daß die Zustimmung der Männer, die noch vor wenigen Monaten begeisterte Lobredner der nationalen Schutzzölle waren, schon aus diesem Grunde nicht sehr begeistert sein kann, ist klar; noch deutlicher werden die Gründe, wenn man jetzt plötzlich erfährt, daß allein aus Hannover 50,000 Bauern eine Petition gegen den Handelsvertrag eingereicht haben, eine Thatsache, die weder von der Regierung mitgetheilt, noch von den Hannoverschen Abgeordneten berücksichtigt wird; sie werden deutlich, wenn man von dem Abgeordneten und Kleinbauern Lutz erfährt, daß ihm selbst eine Petition des gleichen Inhalts, mit 12,000 Unterschriften bedeckt, aus einem einzigen Kreise übergeben wurde. Und damit den Nationalliberalen der süße Trank verbittert werde, haben die Vertrauensmänner dieser Partei in der Pfalz einstimmig gefordert, daß ihre Vertreter gegen die Verträge stimmen. Wir haben mehrfach betont: Würde die Regierung den durch die neuen Abmachungen betroffenen Interessenten Gelegenheit bieten, selbst während der kurzen Zeit der Weihnachtsferien ihre Ansicht auszusprechen, dann würde sie, wenn nicht ein Sedan, so doch ein wirthschaftliches „Weißenburg" erleben und hiermit dem Namen des soeben neugetauften Kriegsschiffes eine ungeahnte Weihe verleihen.

In der letzten Sitzung ergriff im Sinne der Regierung nur der Prinz Schönaich-Carolath das Wort, um ausschließlich die Vertheuerung der Lebensmittel als eine Folge der bisherigen, eine Preisermäßigung als eine Folge der künftigen Politik hinzustellen. In geschlossener Phalanx rückten gegen den Hrn. von Caprivi die Herren von Massow, Schalscha, von Kleist-Retzow, Lutz und Menzer vor, während der Nationalliberale Möller und der Centrumsmann von Pietten hundert sachliche Gründe gegen die Verträge anführten, um dann zu erklären, sie würden aus „politischen" Gründen dafür stimmen. Da der Abg. Möller nicht nur einer der gescheidtesten praktischen Industriellen ist, sondern auch einer Partei angehört, der man sicherlich nicht vorwerfen kann, sie habe einseitig agrarische Interessen im Auge, so seien aus dieser Rede einige Stellen citirt: „Durch die industriellen Zölle, die Oesterreich uns concedirt hat geht wie ein rother Faden ein Gedanke durch, der lediglich die politischen Interessen berücksichtigt und nur in vereinzelten Fällen uns kleine Konzessionen macht; die Oesterreicher haben sich zu auf den gewiß von ihrem Standpunkte aus gerechtfertigten Gedanken gestellt, daß sie die Halbprodukte für die Industrie in den Zöllen herabgesetzt haben. Daher sind die Herabsetzungen in Oesterreich auf diesem Gebiete für uns von äußerst geringem Werth. Auch bei den Eisenzöllen haben die Oesterreicher geschickt operirt, indem sie das Halbprodukt im Zoll heruntergesetzt haben, um mit Stabeisen und Schienen besser konkurriren zu können. Aus Schlesien schreibt, man schon, daß diese Herabsetzung gar keinen Werth hat. Die einzige Industrie, die ihre Befriedigung ausgesprochen hat, waren die Herren aus Solingen, und in Bezug darauf finden Sie in den österreichischen Motiven, daß das einzige blutige Opfer, was sie hätten bringen müssen, bei den blanken Sägen und Feilen ist." Im Anschluß hieran erläuterte der Redner die schweren Schädigungen der Textilindustrie, der Fabriken für Holzschrauben, der Papierfabrikation, der Mühlenproduktion, der Zuckerraffinerieen, der Gerbereien. Er schließt mit folgender hochbeachtenswerthen und höchst charakteristischen Auslassung: „Nun zum Schluß noch eine Bemerkung, die mir von einer sehr bedeutenden Handelskammer zugeht, eine Beschwerde, die ich ganz kurz verlesen will: „Die Handelskammer bedauert, daß es die Regierung bei vollständiger Geheimhaltung ihrer Ziele für unmöglich erachtet hat, sich mit den Industrieen selbst vor Abschluß ihrer Handelsverträge ein direkte Verbindung zu setzen und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Bedürfnisse in geeigneter Weise zur Geltung zu bringen, wie dies in Oesterreich geschehen ist. Ich muß anerkennen, daß diese Beschwerde der Handelskammer von Gera eine allgemeine ist. Wir haben zwar vom Reichskanzler gehört, daß Interessenten gehört seien; in Interessentenkreisen ist aber doch die Meinung selbst verbreitet, daß dies in ungewöhnlich geringem Maße geschehen sei. Die anderen Staaten, soviel ich weiß, pflegen stets zu derartigen Verhandlungen Sachverständige hinzuzuziehen. Die Handelsverträge sind nicht lediglich eine politische Aktion; sie sind in erster Linie eine ganz geschäftliche Aktion, und sie wollen von ganz geschäftskundigen Leuten gemacht werden. Ich will die Fähigkeiten in keiner Weise angreifen, aber daß geschäftliche Sachverständigkeit Herren, die wesentlich eine bureaukratische Vorbildung gewonnen haben, nicht voll innewohnen kann, darüber kann wohl gar kein Zweifel bestehen." Man muß staunen, daß nach solchen Darlegungen Hr. Möller für die Verträge stimmen kann. Wenn er aber politische Gründe als maßgebend in's Feld führt, so mag er sich von dem greisen Kleist-Retzow widerlegen lassen, der den Nagel auf den Kopf traf. Dieser, ein Mann von erprobter nationaler Gesinnung und konservativer Prinzipientreue, führte u. A. aus: „Der Herr Reichskanzler meint, es sei nothwendig, zur Dauer und zur Festigkeit des politischen Bündnisses zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien eine wirthschaftliche Interessengemeinschaft herzustellen. Am Schlusse seiner Rede deutete er etwa an, es sei erwünscht, es sei nothwendig, daß ein derartiges Bundesverhältniß in die Seele der Bevölkerung, in die Volksseele übergäbe. Zunächst würde ich fürchten, daß derartige wirthschaftliche Interessensphären an sich nicht geeignet sind, in die Volksseele überzugehen und in ihr eine solche Entscheidung zu geben. Es ist ein Bund, um den Frieden zu erhalten, geschlossen, seine letzte Bestimmung ist aber doch die, daß, wenn der Friede angegriffen wird, durch ein anderes Bündniß die Betheiligten bereit sind, mit der Schärfe des Schwertes dafür einzutreten. Derartige Kämpfe hängen niemals ab von wirthschaftlichen Fragen, sondern sie hängen ab von den Fragen der Existenz, der Ehre, des Rechts, der Macht der betreffenden Bevölkerung. Wir können ja keinen, die wirthschaftliche Gemeinschaft mehr fördernden und nach allen Verhältnissen ausgleichenden Zoll-Vertrag gehabt haben, wie im Jahre 1866 im deutschen Zollverein und doch entbrannte damals ein Kampf Aller gegen Alle, ohne alle Rücksicht auf diese Interessengemeinschaft in wirthschaftlichen Verhältnissen. Jedenfalls ist, wenn man einmal eine derartige Gemeinschaft will, doch nicht allein Rücksicht zu nehmen auf das Interesse der Bundesgenossen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. December.

Berlin. Reichstag. Die 2. Berathung der Handelsverträge wird fortgesetzt. Freiherr v. Stauffenberg (kons.): Die Entwickelung der industriellen Schutzzölle habe die landwirthschaftlichen Zölle hervorgerufen, nicht die Konkurrenz des Auslandes, die man heute anführe. Ein Nachtheil der Landwirthschaft sei die Steigerung der Grundstückspreise, die allerdings nicht auf Rechnung der Getreidezölle zu setzen sei. In Süddeutschland werde man mit ein paar hundert Morgen Großgrundbesitzer, was insofern bedenklich sei, als die Bezeichnung Gutsbesitzer und Großgrundbesitzer die Betreffenden zu einer Erhöhung ihrer Lebenshaltung veranlasse. Man finde bei süddeutschen Bauern häufig die neuesten Nummern des „Bazar" und der „Modezeitg." und die Bauersfrau sehe gewissenhaft darauf, daß ihre Kopfbedeckung der neuesten Mode entspreche. Die Frage der Wirkung der Kornzölle sei gar nicht so einfach und Viele, welche die Petitionen für Aufrechterhaltung derselben unterschrieben, würden dies unterlassen, wenn sie diese Wirkung richtig beurtheilen könnten. Bei den Petitionen für Doppelwährung gehe es ebenso; der Bimetallismus gelte als etwas Geheimnißvolles, welches die Hebung des Absatzes zu fördern geeignet sei. Das Verbot der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches war ursprünglich aus sanitären Gründen erlassen; zuletzt sah man nur noch die prohibitive Wirkung desselben zu Gunsten der heimischen Schweinezucht. Die Grenzen des Begriffes Nothstand wurden verschieden gefaßt; soviel aber sei sicher, daß es in weiten Kreisen sehr trübe aussehe; jedenfalls hatte er sich als Großgrundbesitzer für verpflichtet, sich keiner Maßregel zu widersetzen, von der man sich eine Besserung verspreche. Bei den Verträgen sei das Große und Ganze, die wirthschaftliche Einheit Deutschlands, Oesterreichs, Italiens ꝛc. in's Auge zu fassen; dahinter müßten Bedenken im Einzelnen zurücktreten. (Beifall links.) — Graf v. Mirbach (kons.) bestreitet, daß der deutsche Bauer die Neigung habe, Großgrundbesitz zu erwerben und damit die Steigerung des Grund und Bodens verschulde. Seine Lage sei wahrlich nicht darnach. Falsch sei auch, daß der deutsche Bauernstand zum Luxus neige; es gäbe ja Ausnahmen, aber im Allgemeinen sei Niemand enthaltsamer und sparsamer als der deutsche Bauer. Die Wahrungsfrage verstehe an der Grenze jeder Bauer, weil er da direkt von den Valutenunterschieden betroffen werde. Die Freisinnigen hätten Anfangs erklärt, wenn ein Differentialzoll dabei wäre, würden sie gegen die Handelsverträge stimmen. Nun sei der Differentialzoll da und die Freisinnigen stimmten — für die Verträge. Von den Verträgen werde vorzugsweise Ungarn Nutzen haben. Ob ein Zoll für die Landwirthschaft, wie der in den Verträgen vorgesehene, genüge, darüber gingen die Ansichten auseinander; er sei leider überzeugt, daß der Zollsatz von 3½ Mk. unzulänglich sei. Den Reichskanzler bitte er, jeden Falles zu prüfen, ob die Landwirthschaft bei diesem Zollsatz und bei der bestehenden Währung erhalten werden könne oder nicht. Führe die Prüfung zur letzteren Erkenntniß, so hoffe er, daß der Reichskanzler die helfende Hand reichen werde. Seinerzeit habe die Regierung einen Zollsatz von 6 Mk. empfohlen; weshalb haben denn Diejenigen in der Regierung, welche heute 5 Mk. für einen übermäßigen Satz halten, nicht damals schon ihre warnende Stimme erhoben. Der heutige Preis sei kein so abnormer, um die jetzt vorgeschlagenen Maßregeln zu rechtfertigen. Man spreche von einem Nothstande; er könne nur wünschen, daß sich unter dem Regime dieser Verträge die wirthschaftlichen Verhältnisse so entwickeln möchten, wie sie sich unter dem jetzigen Zolltarif entwickelt haben. Mit dieser Vorlage würde ein schwerer Schritt gethan; vielleicht würde er dafür stimmen können, wenn ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich mit den Vertrauensmännern seiner Partei noch zu besprechen. Ohnedem könne er die Verantwortung für die Zustimmung nicht übernehmen. Aber die Regierung lege großen Werth auf die Erledigung der Verträge noch vor Weihnachten. Jedenfalls übernahme er damit die Verpflichtung, Alles zu thun, um die aus den Verträgen sich ergebende Schädigung der Landwirthschaft auf anderen Gebieten möglichst auszugleichen. (Beifall rechts.) — Abg. Thomsen (freis.) erklärt sich vom Standpunkte der Bauern für Beseitigung der Zölle, der landwirthschaftlichen wie der industriellen. Die Bauern, d. h. diejenigen Bauern, die sich frei entwickeln konnten, wie in Oldenburg, Schleswig-Holstein ꝛc., münden dem Großgrundbesitz wirthschaftlich und politisch feindlich gegenüber. (Zur Rechten: „Ihre Bauern sind keine Bauern, sondern verkümmerte Leibeigene.) Die Latifundienwirthschaft sei die größte Gefahr für den freien Bauernstand, und die Zollpolitik befördere die Latifundienbildung. — Abg. v. Kardorff (Rp.) ladet Thomsen ein, sich einmal die schlesischen Bauern anzusehen, um sich zu überzeugen, daß diese nichts weniger als verkümmerte Leibeigene sind. Er habe nicht, wie der Reichskanzler angegeben, einen Prohibitivzoll gefordert, sondern nur eine Revision des Zoll-Tarifs, der vielfach nicht entsprechende Sätze für Rohprodukte, Halb- und Ganzfabrikate enthielt. Freiherr v. Huene versichere, daß die Schutzzölle nicht beseitigt werden würden, dafür werde schon die schutzzöllnerische Mehrheit sorgen. Nun, wie Kronos seine Kinder, so habe auch Herr v. Huene die nach ihm benannte lex selbst verschlungen und es sei die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß das Centrum schließlich nicht ebenso am Schutzzoll handeln werde. Durch die Beseitigung der Schutzmaßregeln werde die Lage des kleinen Mannes auf dem Lande verschlimmert und nun kommen die Sozialdemokraten und machen um so leichter Propaganda, als ihre Bestrebungen nach Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht mehr als ungesetzlich gelten. — Reichskanzler v. Caprivi: Ich schätze die Vaterlandsliebe und die Religiosität nicht geringer, sondern höher als der Vorredner. Ich glaube nicht, daß diese Tugenden wegen der geringen Zollermäßigung verschwinden werden. Die Forderungen v. Kardorff's nach Revision der Zölle würde Jeder nur in dem Sinne habe verstehen können, daß damit eine Erhöhung der Zölle bezweckt werden solle. — Hierauf beginnt die Berathung der einzelnen Oesterreich-Ungarn gewährten Zollconcessionen. — Abg. Dr. Bilkie (freis.) hätte die völlige Zollfreiheit für ätherische Oele gewünscht, welche im Interesse zahlreicher Industrieen liege. — Bundeskommissar Geh. Rath Hänle erwidert, die Einfuhr dieser Produkte sei nicht so erheblich, sodaß der Zoll hier eine Bedeutung habe. — Bei den Positionen Getreide spricht Bürk (ntl.) im Allgemeinen gegen die Getreidezölle, die lediglich den Großgrundbesitzern zu Gute gekommen seien. — Graf Kanitz (kons.) wünscht zu wissen, wie es mit der Verzollung der bereits vor dem 1. Febr. auf den Transitlagern befindlichen Getreidevorräthen gehalten werden soll. Der Zollerlaß für diese Vorräthe würde nur in die Taschen der Lagerinhaber fließen. Wichtig würde es auch sein, die Provenienz des Getreides festzustellen. An der preußisch-österreichisch-russischen Grenze dürfte russisches Getreide zur Einfuhr gelangen. — Reichskanzler v. Caprivi: Es handelt sich nicht blos um Transit, sondern auch um Mühlenlager, nicht blos um Getreide sondern auch um andere Waaren. Auch können die Interessen der Konsumenten in Frage. Die Verhandlungen schwebten noch. Daß russisches Getreide über Oesterreich eingeführt werden möchte, sei unwahrscheinlich, denn der österr. Zoll betrage 2.50 fl. Das Geschäft der Einfuhr würde nicht rentabel sein. — Rickert (freis.) wendet sich gegen die Verzögerungspolitik, die ja Miquel vorgeschlagen habe. Bei Einführung der Zölle sei man sehr schnell zu Werke gegangen, weshalb bei der Ermäßigung zögern? — Abg. Holtz (Rp.) bekämpft die Zollermäßigung. Auch er bezweifle nicht den Patriotismus der kleinen Leute. Aber man sollte denselben nicht ohne Noth herausfordern. Auch seien diese noch immer der Meinung, daß sie bei den Konservativen Schutz finden. — Abg. Goldschmidt (freis.) meint, daß die mangelhafte Berufsbildung vieler Landleute mehr schade, als alle Zölle nützen können. — Abg. v. d. Schulenburg (kons.): Die Landwirthschaft müsse selbst dahin streben, daß der hohe Preis zu Sinken gebracht werde, aber das hier gewählte Mittel sei verfehlt. — Abg. Frhr. v. Münch (Wild-Tem.) erklärt sich in längerer, vielfach von Unruhe und Gelächter unterbrochener Rede für die Vorlage. Die Getreidezollermäßigungen werden angenommen. — Abg. Grumbt (Rp.) spricht sich gegen die Beibehaltung zweier Systeme bei der Einfuhr von Holz, nämlich nach Festmetern und Gewicht, aus. Nur der Kubikmeter könne für die Verzollung maßgebend sein, wenn die Reichskasse nicht geschädigt werden solle. Dazu komme noch die Bevorzugung der österreichischen Holz-Importeure durch die Eisenbahnretorsionen, die ja künftig fortfallen sollen, wenn er aber nicht recht glaube. — Staatssekretär v. Bötticher meint, daß dies ja Grumbt als Importeur nur angenehm sein könne. Dieser erwidert, daß er hier nicht seine privaten, sondern die Gesammtinteressen zu vertreten habe. — Weiterberathung morgen.

Leipzig. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl haben die Kandidaten der Ordnungsparteien glänzend gesiegt. Resultat: Ordnungsparteien 7750, Unabhängige 1750 und die Sozialdemokraten 4255 Stimmen.

Berlin. Amtlichen Mittheilungen zufolge betrug die Kartoffelernte in Deutschland im Jahre 1891 23,181,451 Tonnen (davon 1,210,007 in Sachsen) gegen 23,320,981 (davon 1,138,651 in Sachsen) im Vorjahre, und 21,301,281 (davon 1,178,867 in Sachsen) im Durchschnitt des Jahrzehnts 1881 bis 1890.

Der Hamburger Postdampfer „Tonia" ist heute wohlbehalten in New-York angekommen.

Berlin. Die Nachricht von den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit den Niederlanden wird von niederländischer Seite dementirt. — Geh. Obermedizinalrath Dr. Bardeleben ist geadelt worden. — Der Generalvertreter des hiesigen Bureaus Central (Schuldeneinziehung) Manfred Matzdorff, ist seit Sonnabend flüchtig mit Hinterlassung bedeutender Schulden flüchtig.

Wien. Erzherzog Sigismund ist gestorben.

Paris. Admiral Gervais ist zum Generalstabschef im Marineministerium ernannt worden.

Paris. Die Kammer lehnte mit 333 gegen 96 Stimmen die beantragte Aufnahme der Getränkesteuerretorsion in das Budget ab und genehmigte die Aufhebung der 10prozentigen Zuschlagssteuer auf Eilgütersendung. Die Eisenbahngesellschaften haben sich bereit erklärt, den Tarif um den Betrag der Zuschlagssteuer herabzusetzen.

Bern. Der Nationalrath hat den Antrag des Bundesrathes auf Niederschlagung des vor den Bundesassisen angestrengten Strafprozesses, betr. die Tessiner Wahlbestechungen, mit 45 gegen 19 Stimmen angenommen.

Rom. In der gestrigen Allokution verurtheilte der Papst in entschiedener Weise die Vorfälle anläßlich der Pilgerfahrten im Oktober und bemerkte u. A. „Wenngleich seine Lage in der Zeit des Friedens durch so ernste und bedeutende Schwierigkeiten bedroht sei, könne Niemand sagen, wie sehr dieselben wachsen würden, wenn erst Unruhen entständen oder gar wirklicher Krieg ausbrechen sollte." Beziehentlich der römischen Frage erklärte der Papst, daß er stets

Pfund's Vereinigte Kindermilch. Trockene Fütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bauhnerstr. 41 42.